



Dienststelle **Nauen**  
Dezernat/Amt Dez. IV / untere Bauaufsichtsbehörde  
Bauleitplanung  
Auskunft erteilt **Herr Büttner**

Waldemardamm 3  
Zimmer E 30  
14641 Nauen

Telefon 03321/403-6162  
Fax 03321/403-6139  
\*\*\*E-Mail Martin.Buettner@havelland.de

V.: 1.

Dr. Szamatolski Schrickel Planungsgesellschaft mbH  
Frau Barnick  
Gustav-Meyer-Allee 25 - Haus 26a  
13355 Berlin

Datum und Zeichen Ihres Schreibens  
Mein Zeichen/Aktenzeichen (Bitte stets angeben) **63.3-01924-23**  
**Datum 14.08.2023**

**FNP der Stadt Nauen - Änderung 01-2022 (Bereich B-Plan "Solarpark Niebede") (Vorentwurf, Stand: Februar 2023)**

Grundstück: **Nauen, Wachow, unbenannt**  
Gemarkung: **Wachow**  
Flur: **12 und 5**  
Flurstück: **41, 43, 8, 235, 236/2, 236/4, 236/6, 236/7, 236/8**

**Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrte Frau Barnick,

folgende betroffene Fachämter wurden mit den Planunterlagen beteiligt und zur Stellungnahme aufgefordert:

- Bauordnungsamt, Bereich Bauleitplanung
- Umweltamt  
Untere Naturschutzbehörde  
Untere Wasserbehörde  
Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde
- Amt für Landwirtschaft, Veterinär und Lebensmittelüberwachung
- Untere Denkmalschutzbehörde

**Der durch die Änderung des FNP geplante Verlust von 72 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche inmitten einer Fläche, die im Entwurf des Regionalplans aufgrund der überdurchschnittlichen Bodenqualität als Vorranggebiet für die Landwirtschaft dargestellt ist, bedarf weitergehender Ausführungen in der Begründung und Abwägung.**

**Der Stadt Nauen wird dringend die zeitnahe Erarbeitung eines Standortkonzepts für großflächige PV-Anlagen im Stadtgebiet nahegelegt. Ohne ein derartiges gemeindeübergreifendes Konzept, dürfte kaum eine hinreichend begründete bzw. rechtssichere Abwägungsent-**

**scheidung darüber möglich sein, warum an überdurchschnittlich für die Landwirtschaft geeigneten Standorten den Belangen der Energiegewinnung Vorrang gegenüber den Belangen einer gesicherten Lebensmittel- und Futtermittelproduktion eingeräumt wird.**

**Die Planunterlagen sind im weiteren Verfahren erheblich überarbeitungs- bzw. ergänzungsbedürftig, hierbei sollten die im Folgenden aufgeführten Anregungen und Hinweise Berücksichtigung finden.**

### **Bauordnungsamt, Bereich Bauleitplanung**

#### Hinweise für die Stadt Nauen zur Planung von PV-Freiflächenanlagen:

Angesichts der Vielzahl von Planungsabsichten zur Errichtung großflächiger PV-Freiflächenanlagen im Nauener Stadtgebiet bzw. auf den für Landwirtschaft gut geeigneten Böden der Nauener Platte erscheint es dringend erforderlich, in einem gemeindlichen Konzept eine Standortsteuerung für PV-Freiflächenanlagen vorzunehmen und bis zum Beschluss über ein derartiges Konzept die Aufstellung entsprechender B-Planverfahren ggf. auszusetzen.

Damit könnte die Stadt im Rahmen ihrer Aufgabe, den erforderlichen Ausbau der erneuerbaren Energieträger mit den negativen Folgen der großflächigen Inanspruchnahme von wertvollen, zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten benötigten landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie mit Beeinträchtigungen ihres Landschaftsraumes in einen verträglichen Ausgleich zu bringen, selbst eine aktive, steuernde Rolle übernehmen.

Ein derartiges Konzept (das gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB auch in der Abwägung zu berücksichtigen wäre) erscheint in Nauen umso dringender zu sein, da es sich bei den vorliegenden Planvorhaben nahezu ausschließlich um Investoren-/Eigentümerplanungen handelt, deren Größe und räumliche Lage sich offenbar ausschließlich an der jeweiligen Flächenverfügbarkeit orientiert. Es ist abzusehen, dass sich diese Entwicklung außerhalb der 200m-Bereiche entlang der Korridore für Hauptverkehrsstrassen künftig noch verstärken wird.

Des Weiteren ist auch zu befürchten, dass die im Regionalplanentwurf vorgesehene Festlegung von im Rahmen der Bauleitplanung zu beachtenden „Vorranggebieten für die Landwirtschaft“ zur Sicherung der allgemeinen Lebensmittel- und Futtermittelproduktion als zu beachtende Ziele der Raumordnung nicht zeitnah erfolgen und durch die wahllose Aufstellung weiterer B-Pläne für großflächige PV-Anlagen bis zur Rechtskraft des Regionalplans Stück für Stück unterlaufen werden wird.

Ergänzend wird auf die vorläufige Handlungsempfehlung des MLUK zur Unterstützung kommunaler Entscheidungen für großflächige PV-Freiflächenanlagen vom 19.03.2021 verwiesen.

Im weiteren Verfahren sind die erforderlichen Unterlagen zu ergänzen (u.a. eine den Anforderungen entsprechende Begründung, ein Umweltbericht, u.a.).

### **Untere Naturschutzbehörde**

Gemäß § 1 Abs. 1 der Naturschutzzuständigkeitsverordnung (NatSchZustV) äußert sich die untere Naturschutzbehörde zu den Belangen des Naturschutzes im Bauleitplanverfahren, mit

Ausnahme der unter § 1 Abs. 3 NatSchZustV festgelegten Fälle, und nimmt wie folgt zu den Unterlagen Stellung:

#### Besonderer Artenschutz

Die Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt im Parallelverfahren mit der Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Niebede“.

Zu Belangen des besonderen Artenschutzes im Flächennutzungsplanverfahren wird der Hinweis gegeben, dass eine Verlagerung planerischer Probleme von der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung des Flächennutzungsplanes in die Ebene der verbindlichen Bauleitplanung des Bebauungsplanes dann zulässig ist, wenn ein Konflikt zwischen den Darstellungen im Flächennutzungsplan und artenschutzrechtlichen Verboten im Bebauungsplan bewältigt werden kann. Im Übrigen wird auf die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde im Rahmen der Beteiligung am Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes verwiesen.

#### Umweltprüfung/Umweltbericht/Eingriffsregelung

Die frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB ist u. a. mit der Klärung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung verbunden. Bzgl. einer Durchführung der Umweltprüfung wurden in der Kurzbeschreibung keine Angaben gemacht.

Neben dem Verfahren „Solarpark Niebede“ gibt es bereits im erheblichen Umfang realisierte und geplante Flächen für die Freiflächenphotovoltaik auf der Nauener Platte. Hinzu kommt der gerade ins Aufstellungsverfahren gebrachte sachliche Teilflächennutzungsplan „Erneuerbare Energien“, welcher bei den Vorranggebieten für die Windenergienutzung eine flächenidentische nachrangige Nutzung der Photovoltaik (Flächenpotential > 750 ha) vorsieht.

Auch in Verbindung mit den Erkenntnissen aus der Umweltprüfung zum im Parallelverfahren geführten Bebauungsplanverfahren „Solarpark Niebede“ ist aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde eine auf das gesamte Gemeindegebiet bezogene Darlegung der wesentlichen Gründe für die getroffene Wahl und der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten erforderlich.

Die Steuerung der Flächenauswahl und -umfänge im Flächennutzungsplan ist ein maßgeblicher Punkt zur Vermeidung/Minderung von Auswirkungen auf Natur und Landschaft.

#### **Untere Wasserbehörde**

Seitens der unteren Wasserbehörde bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben. Die Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Gohlitz wird voraussichtlich im dritten Quartal 2023 im Amtsblatt des Landkreises Havelland öffentlich bekanntgemacht werden.

#### **Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde**

Aus der Sicht der unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde bestehen zur Änderung des FNPs keine Einwände oder Bedenken.

Im Bereich des betroffenen B-Plangebietes sind im Altlastenkataster zum jetzigen Zeitpunkt keine Altlastverdachtsflächen registriert. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass sich in unmittelbarer Nähe zum Geltungsbereich eine ehemalige Altablagerung (Reg.-Nr. 0334630086

Deponie „Söll“) und ein früheres Düngerlager (Reg.-Nr. 0334631251) als Verdachtsflächen erfasst sind. Die betreffenden Verdachtsflächen wurden in der vorliegenden Planzeichnung bereits gekennzeichnet.

Der unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde ist jede Auffälligkeit in Bezug auf Bodenkontaminationen bzw. das Auffinden von Altablagerungen unverzüglich anzuzeigen, damit die notwendigen Maßnahmen getroffen werden können (Rechtsgrundlage: § 31 ff Brandenburger Abfall- und Bodenschutzgesetz).

Im weiteren Verlauf der Planungen bzw. bei der Umsetzung des Planvorhabens sind die Belange des Bodenschutzes, insbesondere die LABO-Arbeitshilfe „Bodenschutz bei Planung, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ zu berücksichtigen. Zielsetzung der Arbeitshilfe ist eine lenkende Funktion hin zu bodenschonender Standortauswahl sowie die Etablierung von Bodenschutzmaßnahmen bei Bau, Betrieb und Rückbau der Anlagen.

Der Leitfaden wurde mit Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg (MLUK) vom 17. Juni 2023 für das Land Brandenburg verbindlich eingeführt und richtet sich an Kommunen als Planungs- und Vorhabenträger, Bodenschutz- und Genehmigungsbehörden. Aber auch die mit Planung, Bau, Betrieb und Rückbau von FFA befassten Unternehmen und Träger\*innen öffentlicher Belange sowie bodenkundliche Baubegleiter\*innen sind Adressaten. ([https://www.labo-deutschland.de/documents/LABO-Arbeitshilfe\\_FFA\\_Photovoltaik\\_und\\_Solarthermie.pdf](https://www.labo-deutschland.de/documents/LABO-Arbeitshilfe_FFA_Photovoltaik_und_Solarthermie.pdf))

### Untere Denkmalschutzbehörde

Da im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen aus Sicht der Unteren Denkmalschutzbehörde gegen die vorliegende Planung keine grundsätzlichen Bedenken.

Da aber im näheren Umfeld zum Vorhabengebiet die Bodendenkmale Nr. **51072**, **51295** und **51117**, sowie die **Fundplätze Schwanebeck Nr. 3** und **Gohlitz Nr. 15 (grüne Kreise)** ausgewiesen sind (siehe Übersichtskarte), sind die nachfolgend genannten **Hinweise** unbedingt zu beachten.

1. Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z. B. Bau- und Materiallager und u. U. auch Arbeitsstraßen), dürfen nicht im Bereich von Bodendenkmalen eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o. ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört. Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte, unversiegelte Flächen und Wege außerhalb vermuteter Bodendenkmale anzulegen, so werden ggf. kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.
2. Sollten bei den erforderlichen Erdarbeiten Bodendenkmalstrukturen und Funde (Steinsetzungen, Verfärbungen, Scherben, Knochen, Metallgegenstände etc.) freigelegt werden, ist dies unverzüglich dem Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Dezernat Bodendenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4-5, 15806 Zossen, OT. Wünsdorf (Tel. 033702 2111407, Fax. 033702 2111601) oder der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen.

3. Die Fundstätte ist mindestens 1 Woche nach der Anzeige im unveränderten Zustand zu erhalten (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden.
4. Die entdeckten Funde sind ablieferungspflichtig (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).
5. Zudem ist gem. § 7 Abs. 3 BbgDSchG und nach Abstimmung mit der Unteren Denkmalschutzbehörde, eine archäologische Fachfirma, zu Lasten des Verursachers, mit der Durchführung der archäologischen Dokumentation und Bergung zu beauftragen.
6. Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Denkmalschutzbestimmungen zu belehren und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

---

**Amt für Landwirtschaft, Veterinär und Lebensmittelüberwachung**

Eine Stellungnahme wird im Rahmen des nächsten Beteiligungsschrittes nachgereicht.

Bei Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Büttner

Anlage (Karte mit Bodendenkmalen)

V: 2. SGL z. Mitz.  
3. z. Vg.